

Der soziale Mord an der Arbeit

von Werner Obst

Deutschland taumelt in eine verheerende Wirtschaftskrise, die zu den über sechs Millionen Arbeitslosen weitere Millionen hinzufügen wird es sei denn, es würde das Steuer radikal herumgerissen. Worin jenseits der Vernebelungen durch Politiker und Funktionäre die Krise wirklich besteht, zeigt der Wirtschaftsanalytiker Werner Obst auf.

In den sechziger Jahren waren die Reallöhne noch eng mit der Dynamik des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verknüpft. Das BIP wuchs real um 46,9 Prozent, die Reallöhne stiegen um 47 Prozent.

Es war dann pikanterweise die sozialliberale Koalition, die die Reallohnentwicklung vom Wirtschaftswachstum "abkoppelte". Von 1970 bis 1982 wuchs das BIP real um 36,2 Prozent, die Reallöhne stiegen nur um 28,4 Prozent.

In der Regierungszeit Helmut Kohls schafften wir ein imponierendes reales Wachstum von 38,5 Prozent, doch die Reallöhne stiegen 1983/95 nur noch hauchdünn um 5,5 Prozent.

Blicken wir jedoch bis 1980 zurück und beziehen Helmut Schmidts letzte drei Jahre mit ein, dann rutschten die Reallöhne in den letzten 16 Jahren beinahe ins Minus. Zwischen 1980 und 1995 stieg das Brutto-Inlandsprodukt real um 38,5 Prozent, für die Reallöhne blieben in der gleichen Zeit nur noch ganze 1,6 Prozent.

Diese völlig unakzeptable Diskrepanz ist der breiten Öffentlichkeit leider so gut wie unbekannt. Die meisten Arbeitnehmer wissen zwar seit langem, daß Renten, Kranken, Arbeitslosen und Pflegeversicherung samt Lohnsteuer und Solidaritätsbeitrag vom Bruttoeinkommen immer mehr wegfressen, 47,4 Prozent 1994, dennoch wird das bisher weitgehend hingenommen.

Außerdem sind wir natürlich darüber informiert, daß Dänen, Schweden, Niederländer, Norweger und Finnen, aber auch Belgier und Franzosen, noch höher als wir belastet sind. Folglich gibt es noch mindestens sieben europäische Länder mit noch höherer Abgabenlast, was einerseits beruhigt. Denn schließlich handelt es sich um Nordeuropäer, die aus germanischer Tradition doch sehr sozial ausgeprägt sind, und wir Deutschen zählen samt Österreich nun einmal mit dazu.

Doch daß der Reallohnzuwachs in den zurückliegenden 16 Jahren praktisch gleich Null war, das können sich die meisten nicht einmal theoretisch vorstellen, weil es völlig außerhalb unserer Erwartungen und Vorstellungen liegt.

Oder das Problem einmal anders formuliert: Alle Tarifabschlüsse zusammen finanzierten seit 1980 gerade mal das soziale Netz, erweiterten es oder knüpften es gar noch enger, doch Kaufkraft und Lebensstandard der Arbeitnehmer verharrten auf dem Niveau von 1979!

In harten DMark ausgedrückt, stellt die ArbeitnehmerMisere sich etwa so dar: Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit wuchsen seit 1979 von 795 Milliarden DMark auf rund 1600 Milliarden DM im Jahr 1995, also um 805 Milliarden DM, doch bei den Arbeitnehmern kam von diesem gewaltigen Zuwachs real praktisch nichts an!

Das monatliche Bruttoeinkommen belief sich 1979 noch auf 2812 DM, 1995 waren es ca. 5280 DM, folglich gab es ein prozentuales tarifliches Plus von 88 Prozent, doch netto und real blieb die Arbeitnehmerkaufkraft praktisch unverändert!

Unsere Volkswirtschaft finanzierte 1995 Bruttoeinkommen aus unselbständiger Tätigkeit von rund 1600 Milliarden DMark. Davon wurden ca. 825 Milliarden DM als Nettolöhne für mehr als 25 Millionen Arbeitnehmer ausgezahlt, doch der "SozialStaat" kassierte rund 775 Milliarden DM ab. Als direkte Abgabenlast war das ein neuer Rekord von 48,4 Prozent.

Rechnen wir noch die indirekten Steuern dazu, also Mehrwert, Mineralöl, Kfz und andere Steuern, dann würde bei den gesamten Abgaben gewiß eine Sechs vor dem Komma stehen.

Nun gut, da war noch der Übergang zur 35StundenWoche zu finanzieren, was die Löhne beeinträchtigte. Außerdem sind derzeit nicht mehr nur 22,1 Millionen Arbeitnehmer beschäftigt wie 1970, sondern 25,4 Millionen, also 3,3 Millionen zusätzlich. Dem steht allerdings noch ein Phänomen gegenüber: Die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer wuchsen seit 1970 um 444 Prozent und damit schneller als das BIP mit 420 Prozent. Das bedeutet eben doch: Die Unternehmen zahlten, der Staat kassierte!

Der entscheidende Punkt ist ein ganz anderer, als es viele der Wortgefechte der Tarifparteien erkennen lassen: Wenn wir alle Sozialleistungen den gesamten Nettolöhnen gegenüberstellen, dann erhalten wir ein historisch getreues Abbild unserer Sozialen Marktwirtschaft, das sich fast wie ein "SozialKrimi" liest.

1970 beliefen sich sämtliche Nettolöhne und Gehälter auf 239 Milliarden DMark, alle Sozialleistungen machten zusammengenommen 179 Milliarden DMark aus, also noch 60 Milliarden DM mehr für Arbeit als für Soziales. Doch bereits 1984 überstiegen die Sozialleistungen erstmalig die Nettolöhne um vier Milliarden DMark, und 1987 waren es immerhin schon 18 Milliarden DM.

1990 gab es den letzten Gleichstand, doch 1995 zahlten wir allein in Westdeutschland knapp 1000 Milliarden DMark für alles Soziale, für alle Nettolöhne und Gehälter blieben rund 825 Milliarden DM. Das bedeutet fast 180 Milliarden DM mehr für Soziales als für Arbeit! Zur Erinnerung: Sozialleistungen sind Leistungen ohne Arbeit, also Renten und Pensionen, Arbeitslosen, Kranken, Kinder und WohnGeld, Stipendien und anderes.

Wir haben es folglich schon längst nicht mehr allein mit sozialer Übertreibung zu tun, wir verletzen darüber hinaus auch noch ganz massiv das marktwirtschaftliche Leistungsprinzip!

Der UnternehmerSlogan "Leistung muß sich wieder lohnen!" wurde von der Sozialpolitik praktisch ins Gegenteil verkehrt, so daß er sich fast schon wie blanker Hohn und Zynismus anhört.

Zur historischpolitischen Wahrheit gehört außerdem folgende Tatsache: Eingeleitet wurde dieser falsche, negative Trend durch die Sozialliberale Koalition, die die SozialleistungsQuote von 26,5 auf 33,4 Prozent steigerte, die Union wiederum konnte die soziale Übertreibung bisher nur bis auf 32 Prozent des BruttoInlandsprodukts zurücknehmen.

Die NettolohnQuote, die 1970 noch bei 35,4 Prozent gelegen hatte, schrumpfte hingegen, trotz mehrfacher, beträchtlicher Steuersenkungen, gerade während der achtziger Jahre,

unaufhaltsam. Sie wird 1995 einen völlig unannehmbaren Tiefstand von 26,5 Prozent vom BruttoInlandsprodukt erreichen.

Zur wirtschaftspolitischen Hygiene gehört deshalb zweifellos auch folgende Feststellung: Soziale Übertreibung samt Abbau der NettolohnQuote ist rein westdeutschen Ursprungs. Beides war bereits viele Jahre vor 1990 in Gang gesetzt worden, aber richtig ist gewiß auch dies: Die Wiedervereinigung machte weitere LohnsteuerSenkungen, die sonst möglich gewesen waren, schier unmöglich.

So gesehen, finanzieren alle Arbeitnehmer den Aufbau der neuen Bundesländer keineswegs nur über jährlich 25 Milliarden DM Solidaritäts-Beitrag, sondern auch über entgangene LohnsteuerSenkungen von ca. 100 Milliarden DM. Insgesamt könnten nämlich sonst monatlich 400 DM mehr im Portemonnaie sein.

Außerdem belegten 1,2 Millionen Übersiedler aus den neuen Bundesländern gut und gern 400000 westdeutsche Arbeitsplätze, und weitere 400000 pendeln allwöchentlich noch zur Arbeit in das frühere Bundesgebiet hinüber, so daß ohne weiteres festzustellen ist: Die Zunahme der westdeutschen Arbeitslosigkeit von 1,9 auf 2,6 Millionen ist größtenteils einigungsbedingt!

Es ist deshalb durchaus auch bewundernswert, wie die Westdeutschen insgesamt in ihrer übergroßen Mehrheit die Last der deutschen Einheit hinnehmen und ertragen, also letztlich befürworten. Die nationale Solidarität ist als nicht gänzlich erloschen.